Bezugspreise: für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 7.50 Mark, vierteljährlich 22.50 Mk., durch die Post 22.50 Mk. ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 11 3 u. 7411, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 5 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4004.

Nr. 560. Halle, Dienstag, den 30. November 1920. Einzelpreis 30 Pfg.

Dr. Petersen über die politische Lage.

Neue Demütigung infolge des Cuxhavener Vorfalls — Der Protest gegen die Beschlagnahme der deutschen Verkehrs-Luftschiffe — Die Verwendung der Goldprämien aus dem Spa-Abkommen — Preissturz in Amerika.

Die kleine Aktie.

Voraussichtlich wird die kleine Aktie in den sozialen und wirtschaftlichen Kämpfen der nächsten Zeit eine erhebliche Rolle spielen. An sich ist ihr Begriff nicht umstritten, denn die kleine Aktie ist aktienrechtlich nicht von der eigentlichen Aktie verschieden. Die kleine Aktie ist auch nichts neues, denn England kennt diese Form seit Jahrzehnten, da der Mindestbetrag einer Aktie auf ein Pfund Sterling festgesetzt ist. In Deutschland ist die Entwicklung des Aktienwesens anders verlaufen, wobei grundsätzlich am Mindestbetrag der Aktie von Tausend Mark festgehalten wurde. Allerdings konnte der Bundesrat Ausnahmen bewilligen, aber das war immer ein schwerfälliges und an bestimmte Voraussetzungen verknüpftes Verfahren. Die kleine Aktie hat nun neuerdings wieder besondere Aufmerksamkeit erregt, weil sie in dem Vorschlag des Siebenerausschusses des Reichswirtschaftsrates so etwas wie das Kernstück bildet. Es ist bedauerlich, daß die sozialistische Presse dem Vorschlag der Schaffung von Klein-Aktien sofort ein geradezu Nein entgegengesetzt hat. Und doch wäre gerade hier eine sachliche Auseinandersetzung notwendig gewesen. Wir kommen nicht einen Schritt weiter, wenn wir alle neuen wirtschaftlichen Fragen durch veraltete politische Parteischablonen zu meistern suchen. Die Sozialisten wittern hinter der Klein-Aktie allerhand dunkle und böse Absichten. Sie haben auch zum Teil offen ausgesprochen, daß durch die Klein-Aktie ein kapitalistisches Profitinteresse erzeugt werden solle, während nach ihrem Parteidogma doch alles darauf ankomme, den Kapitalismus zu zerschlagen. Parteidogma hin, Parteidogma her. Die deutsche Wirtschaft ist die gegebene Größe, mit der zu rechnen ist. Daß diese Wirtschaft zerfallen ist, daß sie unter Anwendung neuer Organisationsformen wieder aufgebaut werden muß, das wird auch von sozialistischen Schriftstellern zugegeben.

Zu diesem Zerfall gehört aber auch der Kapitalmangel Deutschlands. Das klingt wie ein Widerspruch zu der Parteiüberflutung, unter der wir leiden. Aber diese Geldmittel sind kein Kapital, sondern nur Hilfsmittel einer entwickelten Tauschwirtschaft. Wir können morgen ruhig den Geldzeichenumlauf verbieten, ohne den Kapitalismus als solchen auch nur im geringsten geschädigt zu haben. Kapital sind vielmehr Güter, sowie Mittel und Behelfe aller Art, diese Güter herzustellen. Wenn wir nun von einer Kapitalarmut Deutschlands reden, so trifft dies zu, denn wir leiden Mangel an Gütern und Mitteln zu ihrer Erzeugung. Um diesen Mangel zu beseitigen, ist Arbeit notwendig. Das ist eine Binsenwahrheit, die trotzdem in alle Hirne gehämmert werden muß. Wir brauchen Arbeit und Kapital, um die Handelsflotte wieder aufzubauen, um Rohstoffe und Lebensmittel hereinzubekommen. Die Schöpfung dieses echten Arbeitskapitals ist nur möglich, wenn wir alle Energien verdoppeln. Wir müssen mehr leisten, weil wir außer unserer eignen Versorgung auch die Kosten für den verlorenen Krieg zu tragen haben. Die Anregung, kleine Aktien zu schaffen, ist in diesem Zusammenhang nicht ein glücklicher Einfall, sondern aus dem Zwang der Verhältnisse geboren. Die Bildung zum Kapital ist das erste Erfordernis zum Wiederaufbau. Wir müssen zu diesem Zweck alle Wege öffnen, die zur Kapitalsbildung führen, da wir uns als Volk nur dann zu behaupten vermögen, wenn wir mit Hilfe des Kapitals als Erzeugungsmittel Güter herstellen. Die Behauptung, daß die Klein-Aktie dazu dienen solle, die Arbeiter zu verbürgerlichen, sie also der sozialistischen Partei zu entziehen, ist gelinde gesagt, irreführend. Zunächst sind die sozialen und wirtschaftlichen Klassengegensätze so verwischt, daß sich von einer Scheidung in Gesellschaftsgruppen und Klassen nicht gut reden läßt. Der gesamte geistige Mittelstand ist nahezu zermalmt, leidet aber wenigstens unter Bedingungen, die von denen der Arbeiter nicht mehr verschieden, ja weit schlechter sind. Es ist also eine Torheit, von der Gefahr der Verbürgerlichung der Arbeiter durch die Klein-Aktie zu reden. Wir müssen aber zur Schaffung dieser Aktienform kommen, da alle Geldmittel, die über die unmittelbare Versorgung hinaus vorhanden sind, der Erzeugung neuer Güter zu dienen haben. Dies kann nicht nur durch die Hergabe von Bargeld, sondern auch durch Arbeit geschehen, weil auch wirtschaftliche Arbeit nichts anderes wie Kapital ist. Der Vorschlag, die Arbeiter durch Ausgabe von Klein-Aktien an einem gewerblichen Unternehmen zu interessieren ist also demgemäß der Versuch, die Erzeugungskraft unserer Wirtschaft zu heben. Wenn die Mitarbeiter eines Werkes wissen, daß dessen Gedeihen von ihrer Mitarbeit abhängt, so werden sie diese umsomehr steigern, als sie durch Einkauf ihre Arbeitskapitals an den Erträgnissen unmittelbar beteiligt sind. Nicht mehr nur durch den einfachen Lohnbezug, sondern vielmehr auch durch den Anteil an dem gesamten Gewinn des Unternehmens. Keine sozialistische Erziehung vermag das wirtschaftliche Interesse im Menschen zu töten. Im Gegenteil, die Erziehung durch die Sozialdemokratie hat den Eigennutz der Massen noch gesteigert, nur daß dieser Eigennutz zu seiner Betätigung falsche Wege ging. Die Schaffung der Klein-Aktie ist geeignet, das wirtschaftliche und soziale Interesse aller Arbeiter auf den richtigen Weg zurückzuführen. Technisch bietet die Schaffung der Kleinaktie keine Schwierigkeiten. Die Stückelung der 100 Mark Aktie in Teilbeträge läßt sich durch eine ergänzende Bestimmung des Aktiengesetzes erreichen. Geschieht das, so ist auch die umstrittene Frage des Betriebsrätegesetzes über die Bilanzeinsicht und die Teilnahme an Aufsichtsratssitzungen gelöst.

Neue Demütigungen infolge des Cuxhavener Vorfalls.

Wegen des bekannten Zwischenfalles in Cuxhaven hat der Reichswehrminister dem Vorsitzenden der Interalliierten Marine-Kontroll-Kommission schriftlich sein Bedauern ausgesprochen und Bestrafung der Schuldigen zugesagt. Die Kontrollkommission hat in einem Schreiben an das Auswärtige Amt vom 25. November erklärt, sich damit nicht begnügen zu können und hat folgende Forderungen gestellt:

1. **Entschuldigung der deutschen Regierung,**
2. **sofortige Entlassung und strenge Bestrafung der Festungskommandanten. Diese Bestrafung soll dem Kommandanten in Gegenwart der vier beteiligten Ententeoffiziere verkündet werden,**
3. **einschnende Untersuchung des Zwischenfalles zwecks Verhaftung und Bestrafung der Hauptschuldigen,**
4. **Zahlung von 20 500 Mk. Ersatz für die beschädigten Uniformen.**

Zwischen der Auffassung der deutschen Stellen und der Kontrollkommission besteht insofern ein wesentlicher Unterschied, als die Kontrollkommission glaubt, daß der Festungskommandant es absichtlich unterlassen habe, die gebotenen Maßnahmen zur Verhütung des Zwischenfalles zu treffen. Nach den bisher vorliegenden deutschen Meldungen ist dieser Verdacht nicht begründet.

Das Auswärtige Amt hat der Kontrollkommission mitgeteilt, daß die Untersuchung mit aller Beschleunigung geführt wird.

Die Goldprämien aus dem Spa-Abkommen.

Die von alliierter Seite aufgestellte Behauptung, die Deutschland aus dem Kohlenabkommen von Spa zufließenden Barbeträge würden bestimmungswidrig verwandt, ist nicht zutreffend. Die Devisen aus den Kohlenvorschüssen werden fortlaufend zur Bezahlung der Getreideeinfuhren verwandt. Die erheblich geringeren Eingänge aus den 5-Goldmark-Prämien kommen den Bergarbeitern in der Weise zugute, daß in der Höhe des Gegenwerts der Goldmark verbilligte Lebensmittel als Sonderzulagen ausgegeben werden. Es handelt sich dabei insbesondere um Wurst- Speck- und Fettzulagen speziell für Ueberschichten. Die dafür seit Inkrafttreten des Spa-Abkommens aufgewandten Beträge sind bedeutend höher als der Gegenwert für die von alliierter Seite gezahlten Goldmarkprämien. Der Gegenwert der bisher gezahlten Goldmarkprämien beträgt nur 115.3 Millionen Papiermark, während für die genannten Lebensmittel ein Mehrfaches hiervon zum Teil vorschußweise aufgewandt worden ist. Dazu kommen noch erhebliche Beträge aus Reichsmitteln für die Ausgabe verbilligter Kleidungsstücke an die Bergarbeiter. Die Alliierten haben daher hinsichtlich der Verwendung der uns zur Verfügung gestellten Barmittel keinen Beschwerdegrund.

Andererseits ist die Hoffnung, daß diese Barbeträge eine wesentliche Erleichterung unserer Devisenlage mit sich bringen würden, nicht in Erfüllung gegangen, weil für die Abdeckung der englischen und französischen Privatforderungen bei der monatlichen Verrechnung von Salden im Ausgleichsverfahren seit September dieses Jahres nicht weniger als 230 Millionen Goldmark haben aufgewandt werden müssen, mehr wie der Gesamtbetrag der Kohlenvorschüsse und Goldmarkprämien bis Ende Oktober betragen. Das ist um so bedenklicher, als infolge des ungünstigen Ausfalls der Brotgetreideernte in Deutschland mehr Brotgetreide und Mais eingeführt werden muß, als zunächst beabsichtigt war. Auf diese Weise sind für die Getreideeinfuhr außer den Kohlenvorschüssen noch über 200 Millionen Goldmark monatlich erforderlich. Die mit Rücksicht auf diese schwierige Devisenlage von der deutschen Regierung mit der englischen und französischen Regierung angeknüpften Verhandlungen wegen einer anderweitigen Regelung der Abdeckung der Salden im Ausgleichsverfahren sind noch nicht abgeschlossen.

Besprechungen General Malcolms mit Escherich und Kahr.

In München ist der Chef der britischen Militärmission, General Malcolm, eingetroffen und hatte im englischen Konsulat in Gegenwart des englischen Konsuls eine Aussprache mit Escherich über die Einwohnerwehren und die Orgesch. Am heutigen Tage wird General Malcolm mit dem bayerischen Ministerpräsidenten eine Unterredung haben, der Escherich ebenfalls beiwohnen wird. Auch zu einer am Mittwoch stattfindenden interfraktionellen Sitzung des Landtages wird Escherich zugezogen werden, in der Ministerpräsident v. Kahr über seine Berliner Reise Bericht erstatten wird.

Gegenüber der in verschiedenen Blättern aufgetauchten Nachricht, General Nollet habe nach Entgegennahme des Vortrags Herrn v. Kahrs zugesagt, im Sinne Kahrs nach Paris zu berichten, erfährt die „Dena" von bestunterrichteter Seite, daß General Nollet überhaupt keine Zusagen gemacht hat. Die ganze Unterredung des bayerischen Ministerpräsidenten mit dem General hat, wie wir zu wissen glauben, in sehr formeller Weise abgespielt. General Nollet nahm den dreiviertelstündigen Vortrag Herrn v. Kahrs entgegen, ohne ihn zu unterbrechen und schloß die Unterredung sehr bezeichnenderweise mit einem einfachen: „Ich danke." Weitere Bemerkungen sind von Nollet nicht gemacht worden.

Vom Völkerbund.

Auf der Tagesordnung der Montag-Sitzung des Völkerbundsrates stand u. a. die Ernennung eines Nachfolgers für Sir Reginald Tower für das Amt eines Oberkommissars in Danzig. — Zur Frage der ständigen Mandatskommission und des Briefes des Reichsministers des Aeußern über Eupen-Malmedy wird mitgeteilt, daß im ersten Falle ein Bericht, im zweiten Falle der Wortlaut eines Antwortschreibens angenommen wurde. Die beiden Schriftstücke sollen baldigst veröffentlicht werden.

Die Beschlagnahme der deutschen Luftschiffe.

Eine deutsche Protestnote.

Der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation in Paris ist angewiesen worden, der Botschafterkonferenz in Paris eine Note zu übergeben, in der es u. a. heißt:

„Mit Note vom 16. November hat die Interalliierte Luftfahrt-Kontrollkommission einen Beschluß der Botschafterkonferenz vom 8. November mitgeteilt, wonach die Deutsche Regierung für die in den Monaten Juni und Juli 1919 erfolgte Zerstörung von sieben deutschen Marineluftschiffen verantwortlich gemacht wird. Der Beschluß bestimmt, daß die Interalliierte Luftfahrt-Kontrollkommission als Ersatz für zwei der zerstörten Luftschiffe die beiden zivilen Luftschiffe „Bodensee" und „Nordstern" zu konfiszieren hat; der Wert der übrigen fünf Luftschiffe soll in Geld oder durch Neubauten ersetzt werden.

Die Deutsche Regierung vermag nicht anzuerkennen, daß ihr aus der Zerstörung der Luftschiffe irgendwelche Ersatzpflichten erwachsen konnten. Ihre Auffassung in dieser Hinsicht ist in der anliegenden Denkschrift klargelegt.

Abgesehen hiervon aber kann sich die Deutsche Regierung auf eine Vereinbarung zwischen ihr und den alliierten Regierungen berufen, wonach eine Geltendmachung von Ersatzansprüchen auf Grund der in Rede stehenden Vorfälle von vornherein als ausgeschlossen betrachtet werden muß. In dem Protokoll, das der Deutschen Regierung mit Note vom 1. November übersandt und dann gleichzeitig mit dem ersten Protokoll über die Hinterlegung von Ratifikationsurkunden zum Friedensvertrage am 10. Januar 1920 unterzeichnet wurde, wird eine Reihe von vermeintlichen Verstößen Deutschlands gegen die verschiedenen Waffenstillstandsabkommen, unter diesen Verstößen auch die Ausfuhr von Luftschiffahrtsmaterial, aufgeführt.

Aus dem Wortlaut ergibt sich, daß es sich bei den Vereinbarungen des Protokolls vom 10. Januar 1920 um eine Art von Generalabrechnung handelte, durch die alle Ansprüche, die auf Grund der verschiedenen Waffenstillstandsabkommen etwa noch zu erheben waren, erledigt werden sollten.

Hiernach erscheint es nicht angängig, überhaupt noch auf Vorgänge zurückzugreifen, die sich vor der Unterzeichnung des Protokolls vom 10. Januar 1920 abgespielt haben. Es erübrigt sich also, auf den Inhalt des Beschlusses der Botschafterkonferenz vom 2. Oktober näher einzugehen. Die Deutsche Regierung kann es jedoch nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß sie, selbst wenn eine Ersatzpflicht für die Zerstörung der sieben Luftschiffe bestünde, der Botschafterkonferenz nicht die Befugnis zuerkennen könnte, die Frage des zu leistenden Ersatzes durch eine einseitige Entscheidung zu regeln. Sollten die Alliierten den deutschen Standpunkt auch jetzt nicht als berechtigt anerkennen, so schlägt sie vor, die Angelegenheit der Entscheidung eines Schiedsgerichts zu unterbreiten.

Gehaltserhöhung im Ruhrgebiet.

Zwischen dem Zechenverbande und dem kaufmännischen Angestelltenverbande für Bergbau im Ruhrgebiet wurde heute ein Abkommen getroffen dahingehend, daß das Gehalt der Angestellten unter 20 Jahren um 50 Mark, das Gehalt

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19201130031/fragment/page=0001

der Angestellten über 20 Jahren 75 Mark monatlich erhöht wird. Außerdem wurde das Kindergeld von 50 auf 100 Mark je Kind und Monat erhöht und ein Haushaltsgeld von 100 Mark je Monat eingeführt.

Preissturz und Arbeitslosigkeit in Amerika.

Mailand, 29. Nov. (Eig. Drahtnachricht.) Nach einer Meldung aus New York ist in Amerika ein starkes Sinken der Getreidepreise zu bemerken. Diese haben bereits den Stand von 1915 erreicht. Auch die Viehpreise sind stark herabgesetzt worden. Gleichzeitig gingen aber auch die Arbeitslöhne zurück und die Arbeitslosigkeit nimmt zu.

Gegen Gewinnsucht der Landwirte.

Im Reichstage haben Montag vormittag die vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft anberaumten Verhandlungen mit den Vertretern der politischen Parteien und der beteiligten Organisationen, namentlich aus der Landwirtschaft, über die Fragen der Verbesserung unserer Brotversorgung und der Getreidelieferung begonnen. Die Erörterungen wurden mit einer das Ernährungsministers Dr. Hermes eingeleitet, in der er von der schlechten Ablieferung an Brotgetreide im Inlande ausging. Diese Rückgänge, so erklärte der Minister, lassen sich nicht nur aus dem schlechten Ausfall der Ernte herleiten, vielmehr fällt ein Teil der Schuld auch auf die landwirtschaftlichen Betriebe selbst, die sich von der Krankheit unserer Zeit, dem schrankenlosen Streben nach Gewinn, haben ergreifen lassen und sich ihrer Verpflichtung zur vollständigen Getreideablieferung zu entziehen begannen. Der Minister legte im einzelnen dar, das diese Entwicklung nicht weiter gehen könne und letzten Endes zu einem Zusammenbruch der Finanzwirtschaft des gesamten Reiches führen müsse. Daher müsse unbedingt eine Aenderung eintreten. Die Landwirte selbst müßten erkennen, daß die Not des Reiches letzten Endes auch ihre eigene Not werden müsse.

Die Wohnungsfrage auf der Tagesordnung des Gewerkschaftsringes

Der dritte Tag der Verhandlungen des Gewerkschaftsringes begann mit einem Vortrag des Direktors des städtischen Wohnungsamtes Dr. Laporte. Er betonte, daß die Beseitigung der Wohnungsnot nur dadurch möglich ist, daß die großen Städte dezentralisiert werden. Man müsse den Großstädter dem Leben auf dem flachen Lande näherbringen. Das könne geschehen, indem die Lungenheilstätten, die Waisenhäuser und ähnliche Anstalten auf das Land verlegt würden. Die Eisenbahnen müßten, um eine Ansiedelung der großstädtischen Bevölkerung in den Vororten zu ermöglichen, eine günstigere Tarifpolitik treiben. Ferner müßten die Landgemeinden kleine Baustoffager bereitstellen, so daß die Dörfer verpflichtet werden können, in einem gewissen Umfange Siedlungen im Verhältnis zu ihrer Kopfzahl herzustellen. Mit der Zwangseinquartierung sei eine Abhilfe der Wohnungsnot nicht zu erreichen. Es wäre möglich, die Inhaber großer Wohnungen zur Abgabe von Wohnräumen zu zwingen, wenn über ein gewisses Minimum von nutzbaren Wohnräumen hinaus Beschränkungen der Höchstmietenverordnung aufgehoben würden, so daß die großen Wohnungen derartig zu stehen kämen, daß deren Inhaber aus eigenem Antrieb Freunde und Verwandte bei sich aufnähmen. Der Redner wandte sich dann der Errichtung von Neubauten zu und führte aus, daß die Ausführungen von Fachbauten für unsere jetzigen Verhältnisse viel zu verschwenderisch seien. Die Beförderungen würden, wenn sie sich überhaupt ermöglichen lassen, das Wohnen in den entferntesten Stadtteilen wesentlich teurer gestalten. Dagegen sei eine vernünftige Bodenreform zu empfehlen, die preisdrückige Häuser gestatte. Dr. Laporte verwahrte sich sodann gegen eine Sozialisierung des Hausbesitzes. Zurzeit seien zwar genügend Baumaterialien vorhanden, doch würden sie, wenn die Neubautätigkeit energisch einsetze, sehr schnell vergriffen sein. Die Mietsteuer sei nicht empfehlenswert. Er sei ihr unbedingter Gegner, da sie niemals den erforderlichen Betrag ergeben könne. Dagegen befürwortete er die Einrichtung von sogenannten Hausschaften, die Pfandbriefe, ähnlich der bei den Landschaften, herausgeben können. Ferner sei zu erwägen, ob der Bau neues Papiergeld für die Neubautätigkeit herausgeben, nicht ausgeführt werden könne. Dieses Papier werde sich in Neubauten umwandeln und werde durch die ersten Hypotheken der Bauten gedeckt, so daß auch das Ausland als Abnehmer für dieses Geld in Frage komme. Dadurch sei es möglich, daß das alte, mangelhaft gedeckte Geld allmählich vom Markt verdrängt und dadurch die deutsche Valuta stabilisiert werden könne.

Parteiausschuß und Preußentag der D. D. P. in Hannover

Der Parteiausschuß der Deutschen Demokratischen Partei, nächst dem Parteitag die oberste Parteiinstanz, hat am Sonnabend, den 27. November, eine Sitzung in Hannover abgehalten. Ihr schloß sich am Sonntag, wie schon kurz gemeldet, ein Preußentag der Partei an. Erfreulich stark war der Besuch, besonders auch aus den Fraktionen des Reichstages und der Preußischen Landesversammlung. Mit dem Reichsminister Koch, den preußischen Ministern Fischbeck und Oeser, den Ministern Hamm-München und Dr. Krüger (Thüringen), Staatssekretär Meyer-Berlin waren erschienen die früheren Minister Schiffer, Gothein, Preuß, Dietrich (Baden), sowie zahlreiche Abgeordnete. Den Verhandlungen ging am Freitag im Künstlerhause ein Begrüßungsabend voraus.

Die Sitzung des Parteiausschusses.

An Stelle des ausgeschiedenen Mitgliedes des Parteiausschusses Justizrates Marwitz wurde Frau Lobsenzer-Berlin gewählt.

Als Vertreter des Parteivorstandes berichtete Dr. Frankfurter-Berlin über die Organisation der Partei und ihre Neuorganisation. Die vorgeschlagenen Richtlinien fanden ohne besondere Abstimmung die Zustimmung des Parteiausschusses.

Ueber die Vorbereitungen für den Parteitag in Nürnberg berichtete der Leiter der Reichsgeschäftsstelle, Abg Jensen, wobei er dem Parteiausschuß vom Vorstand ausgearbeitete Vorschläge für eine vorläufige Tagesordnung unterbreitete.

Nach einem gemeinsamen Mittagessen berichtete Abg.

Dr. Petersen über die politische Lage.

Er stellte an die Spitze seiner Ausführungen die Auffassung, daß seit der letzten Parteiausschußsitzung wir aus der revolutionären in die evolutionäre Entwicklung eingemündet und etwa zu wieder angelangt sind, wo wir waren, als der Kapp-Putsch einsetzte. Die Unabhängigen sind zusammengebrochen mit ihrer Phrasenpolitik. Ihre Spaltung ist darauf zurückzuführen, daß das deutsche Volk in seinem innersten Wesen national ist und dem Kommando von Moskau nicht gehorchen will. Die Wahlen in Sachsen haben bewiesen, daß die Moskauer Parole keineswegs eine zündende Kraft hat. Die Mehrheitssozialdemokratie mit ihrer Abstinenz in der Reichspolitik ist nicht in der Lage, die Massen an sich heranzuziehen. Die Deutsche Volkspartei haben wir durch ihre Beteiligung an der Reichsregierung gezwungen, eine Politik mitzumachen, die wir diktiert haben. Wir können sagen, daß die Deutsche Volkspartei den Pakt, den sie bei ihrem Eintritt in die Reichsregierung eingegangen ist, in ihrer Regierungstätigkeit treu gehalten hat. Die volksparteilichen Minister sind in allen Fragen unseren Wünschen gerecht geworden. Die Aufgaben, deren Lösung dringend ist, sind leichter zu lösen ohne die Sozialdemokratie als mit ihr. Wir müssen ein Schlichtungsgesetz bekommen. Es ist soziale Politik, daß der eine Stand Rücksicht nimmt auf den anderen. Es ist aber schlechterdings nicht erträglich, daß lebenswichtige Betriebe stillgelegt werden, um die Allgemeinheit zu einer politischen Stellungnahme zu zwingen. Der Sozialdemokratie ist wiederholt Gelegenheit gegeben worden, die Regierung zu stürzen; sie hat aber trotz ihres agitatorischen Auftretens in diesen Fällen niemals die Konsequenzen gezogen. Redner hält es für selbstverständlich, daß die Sozialdemokratie noch vor den Preußenwahlen eine eindeutige Haltung wird einnehmen müssen. Sie ist verantwortlich für die Reichspolitik dadurch, daß sie die Regierung nicht gestürzt hat, sondern gestützt. Wir kommen damit zu der Feststellung, daß die Sozialdemokratie es mit vielem, was sie agitatorisch vertritt, nicht ernst nimmt. Sie spricht selbst aus, daß sie vieles tut, rein aus agitatorischen Gründen, um den Unabhängigen nach Möglichkeit Wählermassen zu entziehen. Andererseits darf ich sagen, daß die Reden, die ich vor einem Jahr gehalten habe, heute Stresemann hält und daß die Prügel, die ich deswegen damals bekam, heute Stresemann von den Deutschnationalen bekommt. Die Frage ist heute: Wie sollen wir in Preußen Wahlen durchführen, wenn die Mehrheitssozialdemokratie im Reich sich weigert, die Tätigkeit auszuüben, die sich als die für die Zukunft des Reiches notwendige erwiesen hat. Es gilt, einen Block der Mitte zu schaffen. Wenn die Sozialdemokratie sich fortgesetzt weigert, den Wiederaufbau Deutschlands als verantwortliche Partei mitzumachen, so dürfen wir diese falsche Taktik nicht mitmachen, sondern müssen eine genügende breite Plattform für Durchführung einer demokratischen Politik herstellen. Die Wahlen im Reich, in Thüringen, in Sachsen haben immer wieder dasselbe Problem gezeigt, das, wenn wir auch an Wählermassen und Mandaten kleiner werden, doch eine Regierungsbildung ohne unsere Mitwirkung weder nach rechts noch nach links oder in der Mitte erfolgen kann. Aus der Entwicklung der Dinge geht hervor, daß die einzige Partei, die wirklich die zukünftige deutsche Politik bestimmen kann, unsere Partei ist. Die Sozialdemokratie hat gutes Material, gut organisierte Truppen, um eine demokratische Politik zu unterstützen, sie hat aber nicht ein wirtschaftliches Programm, das sie verwirklichen kann. Das Zentrum ist bemüht, eine soziale und demokratische Politik zu treiben, aber sobald aus dem Gebiet von Kirche und Schule Fragen auftauchen, ist das Zentrum für eine Politik, wie wir sie für richtig halten, oft nicht zu haben.

(Fortsetzung im Morgenblatt)

Deutsches Reich.

Zwischen Luxemburg und Deutschland ist unter Mitwirkung der Reparationskommission, nach einer Meldung der „Frankf. Ztg.", ein Vertrag abgeschlossen worden, nach dem Luxemburg als Anteil des Deutschland zu leistenden Vorschusses für gelieferte Kohlen vom August bis Februar die Summe von 60 Millionen Franken zahlt.

Sie kennen die Absichten der Regierung nicht, aber sie mißtrauen sie. Ehe die neue Regierung in Thüringen die Gelegenheit gehabt hat, ihr Programm darzulegen, haben sich die Rechtsparteien bereits zur Opposition zusammengeschlossen. Wie das demokratische „Jenaer Volksblatt" berichtet, hat in Erfurt eine Zusammenkunft politischer Persönlichkeiten, die der Deutschen Volkspartei angehören, stattgefunden, die frisch und frei erklärte, daß die Lage in Thüringen unter der jetzigen Regierung unhaltbar sei. Mit Recht folgert das „Jenaer Volksblatt" daraus, daß diesen drei Parteien der gute Wille abgeht, dem Ganzen zu dienen. Hätten sie wirklich die von ihnen so oft in die Welt hinausposaunte Bereitschaft, am Wiederaufbau mitzuhelfen, sie würden sie erst einmal abwarten, welche Früchte die neue Regierung zeitigt und danach ihre Stellungsnahme einrichten. Man sieht also, es ist in Thüringen ebenso wie überall: Opposition um jeden Preis, Aufhetzung der Wählermassen, um das Parteisüppchen kochen zu können. Der Humor der Sache liegt darin, daß damit die Rechtsparteien dasselbe tun, was sie vor der Neuordnung der Dinge der Linken vorgeworfen haben.

Der 24. Deutsche Ortskrankenkassentag trat Montag vormittag in der Kasseler Stadthalle zu einer zweitägigen Beratung zusammen, zu der etwa siebenhundert Vertreter deutscher Ortskrankenkassen eingetroffen sind. Der heutige Vormittag bringt Vorträge über die Arztfrage und die Tarifgemeinschaft mit dem Zentralverband der Angestellten, der zweite Verhandlungstag ist Fragen auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung gewidmet.

Unter der Leitung des Reichsverkehrsministers Gröner fand in der Generaldirektion Karlsruhe die erste allgemeine technische Tagung der Reichsbahnen mit den Führern des maschinentechnischen Dienstes der Zweigstellen der Generaldirektion und der Eisenbahndirektionen der Reichsbahnen statt. Im besonderen wurden die Personalverhältnisse, die Ausnützung der Lokomotiven sowie der Materialverbrauch im Zugdienst einer eingehenden Prüfung unter-

---

Unterhaltungsbeilage der Saale-Zeitung. Mittwoch, den 1. Dezember. Inhalt: Der Alp von Zerfed. Roman von Karl Martens. — Das Feuermännchen. Von Elisabeth Jost. — Anna Petrelowska. Von Wilhelm Breves. — Die Frage nach den Toten. — Schach. — Literatur.

Telephonklatsch.

Von
Martin Feuchtwanger.

(Nachdruck verboten.)

Fräulein Spitzerich, die siebenunddreißigjährige Vorsitzende von elf Wohltätigkeitsvereinen, hat ein Rednertalent, um das sie jeder Politiker beneiden würde. Außerdem hat sie ein Telefon. Fräulein Spitzerich ist die Freundin aller junger Frauen der Stadt. Ob die Damen Hühnerhaut oder eisig, herausfordernd oder spöttisch; Fräulein Spitzerich besucht sie, trinkt bei ihnen Kaffee, geht mit ihnen spazieren, kurz und gut, ist befreundet mit ihnen und es tut der Freundschaft keinen Abbruch, daß das Wohltätigkeits-Fräulein beim Kaffeeklatsch, am Abend, während des Spazierganges so viel zu erzählen weiß, daß der Andere kaum Zeit dazu findet, ja oder nein einzuwerfen.

Ist das Telefon einer Dame eine halbe Stunde oder länger besetzt, so weiß man, Fräulein Spitzerich hat mit ihr eine telefonische Unterredung.

Die jungen Frauen finden selten Gelegenheit, sich gegenseitig das Herz über die Tugenden und die Untugenden von Fräulein Spitzerich auszuschütten; denn kaum hat man sich zusammengefunden, da erscheint die Gesürchtete in eigener Person.

Um so größer ist die Freude sämtlicher Damen, die um den Geburtstagstisch von Frau Lore versammelt sind, als es bekannt wird, daß Fräulein Spitzerich das Haus hüten muß. Sie sei erkältet und der Arzt habe ihr Stubenarrest gegeben.

Die Damen machen ihrem Herzen Luft.

„Was ist ihr, was das Aergste ist? Das ist ihr Telefonieren. Wenn sie anruft, dann kommt man eine halbe Stunde nicht fort vom Apparat. Mein Mann ist ernstlich böse und ich kann doch nichts dazu. Wenn irgend etwas nicht in Ordnung ist im Haushalt, dann sagt er jedesmal: Fräulein Spitzerich hat wohl wieder mal angerufen?"

„Ich habe mich an ihr Telefonieren schon gewöhnt. Das Angenehme dabei ist, daß man ihr nicht groß zuhören muß. Ich nehme den Hörer ans Ohr und lasse sie sprechen, alle fünf Minuten sage ich ja ja. . . . hmhm. Das genügt."

„Das ist noch nichts. Ich nehme mir ein Buch mit an den Apparat und lese, während sie erzählt."

„Ein Buch mit an den Apparat? Ich sage Guten Tag, dann lege ich leise den Hörer beiseite, setze mich gemütlich in den Sessel und arbeite an meiner Stickerei. Alle zehn Minuten nehme ich den Hörer ans Ohr und sie erzählt seel nvergnügt weiter. Bis jetzt hat sie noch nie etwas davon gemerkt, daß ich gar nicht am Telefon bin."

In diesem Augenblick klingelt es. Die Dame des Hauses geht ans Telefon. „Hier Frau Dr. Lehmann. Ach, Sie sind es, Fräulein Spitzerich . . . . . Danke schön, danke schön . . . . Aber das tut mir leid . . . ." Die Türe tut sich auf und das Dienstmädchen erscheint. Wie selbstverständlich nimmt es Frau Lore den Hörer aus der Hand und die Dame des Hauses wendet sich den Gästen zu.

„Seht Ihr", sagt sie", so mache ich das. Diese Arbeit habe ich mir längst von Minna schon abnehmen lassen. Paßt auf, wie geschickt sie ist. Alle fünf Minuten haucht sie ein Ja ja in den Apparat. Und Fräulein Spitzerich hat schon oft erklärt, mit mir unterhalte sie sich am Telefon am allerliebsten."

Schutzkartell der Theaterbesucher gegen moderne Stücke.

Die letzte Theaterkommissionssitzung in Eisenach wirft ein grelles Licht auf die Schwierigkeiten, mit denen Direktoren kleinerer Theater zu kämpfen haben, wenn sie sich nicht gänzlich dem Geschmack der Masse ausliefern. Rolf Ziegler, der Direktor des Eisenacher Stadttheaters, versuchte es, Stücke von Wedekind, Strindberg, Hasenclever, Wilbgans in die Wartburgstadt einzuführen.

In der letzten Theaterkommissionssitzung mußte nun der Vorsitzende, Freiherr von der Heyden-Rynsch, ein ausgezeichneter Kunstkenner, über das Repertoire berichten, über das bei der Stadt von den verschiedensten Seiten aus Beschwerden eingelaufen sind. Man behauptet, so führte Herden-Rynsch aus, daß der neue Spielplan Schmutz in das Theater bringe. So sicher man die Ansichten eines gewissen Teiles der Theaterbesucher berücksichtigen müsse, so sei doch eine derartig scharfe Ablehnung nicht berechtigt. Die Bühne sei ein wirtschaftliches, künstlerisches und moralisches Institut und nur die gleichmäßige, den Ort und dem Publikum angepaßte Berücksichtigung dieser drei Eigenschaften würde den Bestand und den Wert der Bühne garantieren können. Es könne nicht geleugnet werden, daß geradezu eine Pflicht für das Stadttheater darin bestände, die Erzeugnisse der modernen Bühnenliteratur dem Publikum bekanntzumachen. Der Sonntag könne dann dazu benutzt werden, einen Ausgleich für das breitere Publikum mit der Aufführung von Possen, Lustspielen und Schwänken zu bringen.

Aber diese Erklärung genügte einem Teil der Theaterkommissionsmitglieder nicht. Eine Dame meinte erregt, Stücke wie „Liebe" von Wildgans seien für die Jugend, für die in diesen Zeiten besonders gesorgt werden müsse, äußerst verderblich. Ein Herr erklärte, daß ein Teil der Theaterabonnenten beschlossen habe, sich zu einem Schutzkartell zusammenzuschließen, das es durchsetzen wolle, daß „moderne Stücke bestrittenen Wertes" künftighin nur mehr außer Abonnent gegeben werden könnten. — Dieses Streites müde, bat Direktor Ziegler, die Theaterkommission möge in Zukunft die von ihm vorgeschlagenen Stücke zuvor prüfen und dann annehmen oder ablehnen. Da sich indes ein großer Teil der Theaterkommissionsmitglieder gegen diese schmähliche Zensur wandte, bleibt es vorläufig beim alten.

Was wird aus den ehemaligen Thüringer Hoftheatern?

Aus Weimar wird uns von informierter Seite geschrieben: Es bedarf wohl keiner besonderen Betonung, daß die ehemaligen fürstlichen usw. Hofbühnen in den verlassenen Residenzen Thüringens unter denselben wirtschaftlichen Nöten zu leiden haben, wie die meisten anderen deutschen Bühnen, um so mehr, als die früheren landesherrlichen, oft sehr bedeutenden Subventionen teils von den gegenwärtigen Regierungen erheblich herabgesetzt, teils ganz in Wegfall gekommen sind, so daß bei allen ohne Ausnahme die Frage auftaucht: was soll — zumal bei den enorm gesteigerten

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19201130031/fragment/page=0002